Zeitzeugnis
Robotron-Kantine endlich unter Denkmalschutz » Seite 6

Erfolgsgeschichte
Das Mobi-Bike-Angebot wird ausgebaut » Seite 7

Rettungsring
Antrag zum Erhalt des Luftbades Dölzschen » Seite 8

Ausgabe 05

»Der Bund will mehr Bus und Bahn, zahlt aber nicht dafür«

Jens Matthis zum ÖPNV

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Oktober/November 2023

Thüringer Verhältnisse

Wo rechte Mehrheiten drohen und es auf linke Durchsetzungskraft ankommt.
» Seiten 3 und 5

Größte Unterscheidbarkeit

In Dresden bilden sich antisoziale Mehrheiten von AfD-Gnaden – eine Herausforderung gerade für DIE LINKE

»Jedes Unangenehme hat auch sein Gutes«, sagt Dostojewski. Wer den Vorgang um die Nichtaufhebung der Haushaltssperre im Stadtrat betrachtet, wird möglicherweise nicht sofort zu dieser Einschätzung kommen. Denn das Kappen konsumtiver Ausgaben im Bereich der freiwilligen Leistungen hinterlässt einen gewaltigen Flurschaden in der Zivilgesellschaft unserer Stadt. So gewaltig, dass es der LINKEN vor ein paar Wochen gelang, selbst die CDU zu einer teilweisen Aufhebung der Sperre zu bewegen – für die sensiblen Bereiche Soziales, Jugendhilfe und Sport.

Es war ein Erfolg, den Oberbürgermeister, der das Dresdner Stadtleben klamm spart, gemeinsam in die Schranken weisen zu können – ein zu sicher geglaubter Erfolg. Denn in der finalen Ratsabstimmung fiel die CDU in die klebrigen Hände der AfD. Sie verzichtete auf Lockerungen bei Sozialem und Jugendhilfe und kippte am Ende die Aufhebungsbemühungen komplett. Das ist für viele Freie Träger, im sozialen Bereich Arbeitende und Ehrenamtler eine Katastrophe.

Aber es hat auch sein Gutes, wie gesagt. Denn mit einer »Mehrheit für eine ideologische Politik gegen Jugendliche und sozial Schwache«, wie LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling es formuliert, werden sie wieder sichtbar: die Unterschiede – und was es bedeuten würde, die AfD »einfach mal machen zu lassen«. Es wird deutlich, wie sehr es eine starke, fachlich versierte, kommunalpolitisch wirksame LINKE als Verteidigerin des sozialen Gemeinwesens und einer freien Gesellschaft braucht.

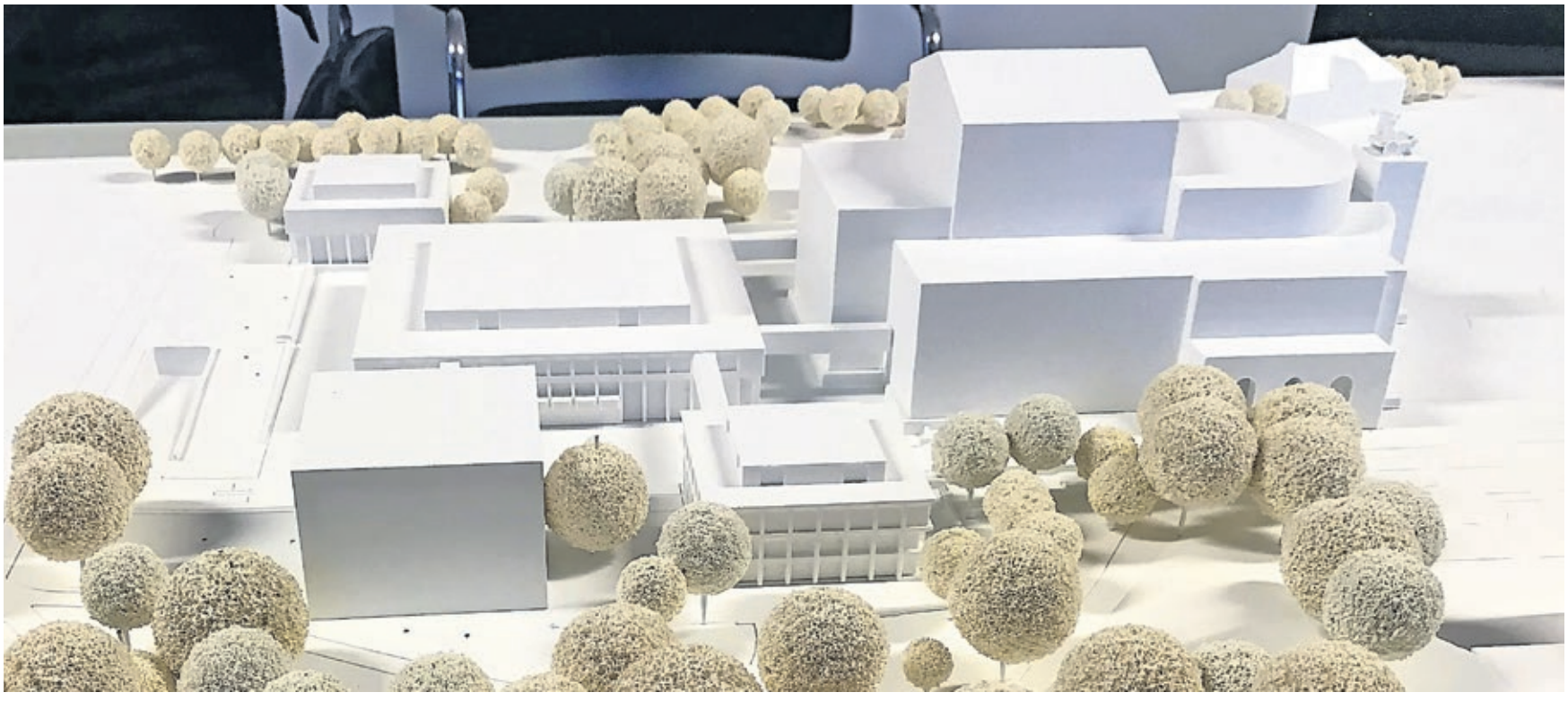
Es braucht sie sowohl im Detail, ob beim Mobi-Bike-Angebot der DVB oder für den Aufzug im Johanneum, als auch im Großen, wenn es um bezahlbares Wohnen oder gesamtstädtische Finanzpolitik geht. Stärken wir sie! *Thomas Feske*

SEMPEROPER-ANBAU

Drängende Enge

Ein Abend in der Semperoper gehört zu den erhabeneren Erlebnissen in Dresden. Bevor das Publikum getragen von hoffentlich sphärischer Musik und fantasievollen Inszenierungen in den Handlungen der Opern entschwebt, hat es sich über den Theaterplatz vor der baulichen Kulisse von Schloss, Italienischem Dörfchen und Gemäldegalerie der prachtvollen Fassade der Semperoper genähert und dort über die üppig ausgestalteten Foyers und Treppenhäuser den kronleuchtergekrönten Saal erreicht und seinen Polsterplatz vor der Bühne eingenommen.

Wer sich dagegen mit Instrument, Noten oder Kostüm als Teil des Ensembles der Bühne über den Personalausgang von hinten nähert, wird zwar zunächst von verhältnismäßig üppig gestalteten Sandstein-Glas-Fassaden der späten DDR-Moderne von Wolfgang Hänsch empfangen, muss sich aber bei der Vorbereitung auf die Aufführung mit jahreszeitlicher Hitze oder Kälte und ganzjährig mit drängender Enge abfinden. » Seite 2



Modell der Erweiterung der Funktionsbauten an der Oper

The show must go on!

Die beengten Verhältnisse im Anbau der Semperoper sind nicht mehr zeitgemäß. Ein neuer Anbau soll nun Abhilfe schaffen

Die Herren und Damen des Chores teilen sich zu acht jeweils einen Raum zu 17 Quadratmetern, das ist nicht nur beim Ankleiden in ein barockes Kostüm eine Herausforderung. Es existieren Arbeitsräume für Schneiderei und Maske, die kein Tageslicht erhalten, nach geltenden Arbeitsstättenrichtlinien ein No-Go. In den Ballettprobensaal ist durch das sanierungsreife Dach Wasser eingedrungen. Das sieht man nicht nur, man riecht es auch.

Da es im Semperbau keinerlei Funktionsräume gibt, müssen zwingend auch über eine grundhafte Sanierung hinweg Räumlichkeiten hinter der Oper bereitgehalten werden, in denen sich zumindest auf die laufende Aufführung vorbereitet werden kann. Instrumente müssen gestimmt und eingespielt, Stimmen gelockert, Kostüme angelegt und Gesichter geschminkt werden, und das Ballett will sich gründlich körperlich aufwärmen. Ein erwogenes Interimsgebäude wäre allerdings derart aufwendig, dass eine Bestandserweiterung hinter der Oper naheliegend ist. Ohne Funktionsanbauten müsste die Semperoper für die veranschlagte Bauzeit von vier Jahren schließen, was undenkbar scheint.

Blick über den möglichen Bauplatz

Im Bauausschuss fiel das Ansinnen zunächst durch

Konfliktpunkt nun: Statt komplexen unterirdischen Anlagen wie Hauptabwasserkanälen, Fernwärmeleitungen und Hochspannungstrassen bliebe nur ein Stück des Zwingerparks als Baustelle. Einmal mehr soll also knappes innerstädtisches Grün dran glauben. Im Bauausschuss fiel dieses Ansinnen zunächst als »nicht zeitgemäß« durch. Schon Wolfgang Hänsch hatte mit einem der beiden Satellitenbauten die Grenze zum Park überschritten. Die Denkmalpflege kassierte den neuen Anbau zunächst, der fehlende Probensäle aufnehmen soll, welche auch die tatsächliche Bühne abbilden. Statt 42 Meter Seitenlänge sollen es jetzt nur noch 26 sein. Ein tolerierbarer Kompromiss? *Tilo Wirtz*

BARRIEREFREIHEIT IM VERKEHRSMUSEUM

Ein Fahrstuhl für das Johanneum

Das Johanneum ist ein 1586 erbautes Renaissancegebäude, benannt nach König Johann von Sachsen. Ursprünglich als Marstall errichtet, diente es der Unterbringung der Pferde und Kutschen des Herrscherhauses. Das Gebäude befindet sich am Neumarkt, also ganz in der Nähe der Frauenkirche. Heute beherbergt es das Dresdner Verkehrsmuseum.

Seit vielen Jahren setzt sich die LINKE dafür ein, das Verkehrsmuseum an diesem Standort mitten in der Stadt zu erhalten. Seit seiner Gründung im Jahr 1952 ist das Verkehrsmuseum im Johanneum untergebracht. Immer mal wieder wurde der Standort in Frage gestellt.

Mit dem im September durch den Stadtrat beschlossenen Erbbaurechtsvertrag ist das weitere Verbleiben des Verkehrsmuseums im Johanneum gesichert. Die Landeshauptstadt Dresden übernimmt 50 Prozent der mit dem Vertragsabschluss verbundenen Einmalkosten (voraussichtlich rund 46.000 Euro). Des Weiteren erhält das Verkehrsmuseum eine zweckgebundene Zuwendung für Instandhaltungsmaßnahmen am Gebäude in Höhe von jährlich 80.000 Euro.

Anja Apel freut sich über den Beschluss des Stadtrates und meint: »Wir wissen alle, dass dies nicht ausreichen wird, um das Verkehrsmuseum umfassend zu modernisieren. Als stellvertretende Vorsitzende des Beirates für Menschen mit Behinderung liegt mir aber ganz besonders die Umrüstung des Lastenfahrstuhls zu einem für alle zugänglichen Fahrstuhl am Herzen, um Barrierefreiheit herzustellen.«

Die Redaktion

Ein schönes Gebäude in zentraler Lage

»Politik für die Mehrheit der Menschen«

LINKEN-Fraktionschef André Schollbach über Sahra Wagenknecht, eigene linke Projekte, kommunale Bürgerentscheide und die Kritik an Oberbürgermeister Hilbert. Auszüge aus einem Interview der »Sächsischen Zeitung«

Wo klemmt es denn in Dresden und was macht Herr Hilbert aus Ihrer Sicht falsch?

Es klemmt an unterschiedlichen Stellen. Mich bewegt, dass viele Bereiche, die unsere Stadt lebenswert und liebenswert machen, unter die Räder kommen. In diesem Jahr sind das Elbhangfest, das Hechtfest und die Bunte Republik Neustadt ausgefallen. Die berühmte Dixieland-Parade ist bedroht. Die Existenz des Luftbads Dölzschen ist akut gefährdet und das Sachsenbad befindet sich in einem bedauernswerten Zustand. Auch der Betrieb des Stauseebads Cossebaude ist infolge der Stilllegung des Pumpspeicherwerks nicht gesichert.

Im Stadtrat gibt es keine verlässlichen Mehrheiten. Wie kann man bis zur Wahl 2024 noch etwas voranbringen?

Die Situation ist herausfordernd, weil Mehrheiten jeweils einzelfallbezogen hergestellt werden müssen. Aber das haben wir für grundlegende Fragen immer wieder geschafft, trotz zahlreicher politischer Differenzen. Zum Beispiel bei der Rekommunalisierung der Drewag und auch beim Haushalt. Oberbürgermeister Hilbert hat jedoch aus egoistischen Motiven mit seinem Verhalten bei der Wahl der Fachbürgermeister eine bestehende Mehrheit im Stadtrat zerstört. Die Konsequenz seines Agierens ist, dass sich einige Fraktionen nicht mehr über den Weg trauen. Das spürt man deutlich und es war ein grober politischer Fehler.

Was will die LINKE bis zur Wahl noch voranbringen?

Für uns ist bezahlbares Wohnen das zentrale Thema. Viele Menschen leiden unter den weiter steigenden Mieten und können diese kaum noch aufbringen. Deshalb muss auf allen Ebenen zielgerichtet daran gearbeitet werden, dass Wohnen nicht zum Luxusgut wird. Dafür muss der soziale Wohnungsbau in Dresden fortgesetzt werden. Hier erwarte ich, dass der Freistaat Sachsen seine Förderung an die gestiegenen Baukosten anpasst und endlich das Zweckentfremdungsverbot eingeführt wird.

Was ist mit dem geplanten Rückkauf von Vonovia-Wohnungen?

Wenn die Stadt relevanten Einfluss auf den Wohnungsmarkt erringen will und in der Lage sein soll, steuernd auf den Wohnungsmarkt einzuwirken, um die Mieten zu dämpfen, benötigt sie einen größeren Bestand an Wohnungen. Deshalb treten wir für eine Rekommunalisierung von Vonovia-Wohnungen ein.

»Für uns ist bezahlbares Wohnen das zentrale Thema«

André Schollbach

Ist das finanzierbar? Das wären weitere versteckte Schulden.

Wir haben bisher den sozialen Wohnungsbau solide auf drei Säulen finanziert: Durch Eigenkapital der Stadt – indem Grundstücke zur Bebauung bereitgestellt wurden – durch Fördermittel des Landes und über Kredite. Das ist keine Schuldenmacherei. Es werden Werte in Form von Wohnraum geschaffen und wir können gleichzeitig eine wichtige soziale Funktion erfüllen.

Welche weiteren wichtigen Projekte plant die LINKE?

Uns ist der Respekt vor den Bauten der DDR-Architektur wichtig. Deshalb ist es eine wesentliche Aufgabe, den Fernsehturm wiederzueröffnen. Ebenso, die Robotron-Kantine zu erhalten. Ohne unseren Antrag, den bereits geplanten Abriss zu stoppen, stünde sie heute gar nicht mehr. Zudem schlagen wir vor, Wahltermine zu nutzen, um kommunale Bürgerentscheide durchzuführen. Es würde unsere Stadt und die Demokratie stärken, wenn wir wesentliche Sachentscheidungen in die Hände der Bürger legen.

Wir wenden uns zudem klar gegen die Pläne, den Rotstift bei den Dresdner Verkehrsbetrieben anzusetzen. Das ist ein völlig verfehlter Ansatz. Viele Menschen sind auf Bus und Bahn angewiesen. Auch der Klimaschutz funktioniert nur mit einem modernen und bezahlbaren Nahverkehr. Das Sozialticket wollen wir – anders als die FDP – verteidigen.

Die LINKE ist zerrissen. Wie halten Sie es mit Sahra Wagenknecht?

Mein Platz war und ist in der Partei DIE LINKE. Das ist meine politische Heimat. Ich gehe auch davon aus, dass alle Mitglieder meiner Fraktion weiterhin in der LINKEN bleiben. Dazu haben sich auch sämtliche sächsische Abgeordnete aus Landtag, Bundestag und Europaparlament eindeutig bekannt.

Ist der Streit ein Hemmnis für die Wahlkämpfe?

Fakt ist: Hier in der Stadt ist die LINKE eine muntere, engagierte Truppe. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass es in Dresden gerecht und sozial zugeht. Unser Anspruch ist es, Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen. Ich möchte gemeinsam mit meiner Partei unseren erfolgreichen Dresdner Weg weitergehen.

Träumen Sie wieder von einer Mehrheit mit Grünen und SPD wie 2014?

Man hat von 2014 bis 2019 gesehen: Wenn es eine starke LINKE im Stadtrat gibt, können auch viele Dinge im Sinne der Bürger vorangebracht werden. Wir haben die städtische Wohnungsbaugesellschaft gegründet und seitdem werden städtische Wohnungen gebaut. Wir haben das Sozialticket für Bus und Bahn durchgesetzt. Wir konnten erreichen, dass die Jugendhilfe und die Kulturlandschaft finanziell besser von der Stadt unterstützt werden. Es wurde etwas für den Radverkehr getan. Man sieht also, bei den entsprechenden Mehrheiten können wir Verbesserungen für viele Menschen erreichen.

Aber geht es mit den Sozialwohnungen nicht zu langsam voran?

Eine große Wohnungsgesellschaft lässt sich nicht über Nacht aus dem Boden stampfen. Wenn wir in Dresden zu einem nennenswerten kommunalen Wohnungsbestand kommen wollen, müssen über einen längeren Zeitraum kontinuierlich neue Wohnungen gebaut werden. Das ist genau der Unterschied: Mit einer starken Linken gibt es sozialen Wohnungsbau, haben hingegen CDU, AfD und FDP die Mehrheit, ist damit Schluss. Die Dresdner können mit der Kommunalwahl im kommenden Jahr die Weichen dafür stellen, dass das Leben in dieser Stadt bezahlbar bleibt.

Quelle: Aus Sächsische Zeitung / sächsische.de / Interview: Andreas Weller

WOHNGELD

Beschleunigte Auszahlung

Seit Jahresbeginn haben etwa dreimal so viele Personen Anspruch auf Wohngeld. Grund hierfür ist eine Gesetzesänderung auf Bundesebene, die einerseits die Einkommensgrenzen für Berechtigte nach oben verschob und auch die auszuzahlenden Beträge teils deutlich erhöhte. Diese Änderungen sind absolut positiv und begrüßenswert, gerade in Anbetracht der massiven Preissteigerungen, die derzeit zu verzeichnen sind.

Leider hat es der Bundesgesetzgeber aber versäumt, die Antragsmodalitäten zu vereinfachen, dass das Mehr an Anträgen auch schnell von den örtlichen Behörden abgearbeitet werden kann. Die Folge: Bundesweit stapeln sich in den Wohngeldstellen die Anträge und das Personal kommt nur langsam der Bearbeitung nach. Auch in Dresden sind noch etwa 7000 Anträge offen, seit Jahresbeginn wurden etwa 22.000 Anträge bisher beschieden.

Im Bundestag forderte die linke Bundestagsfraktion, dass Vereinfachungen vorgenommen werden, zum Beispiel dass bereits bestehende Wohngeldhaushalte ihre Wohngeldzahlungen ohne neuen Antrag um ein weiteres Jahr verlängert bekommen. Da nichts dergleichen umgesetzt wurde, gilt es nun, alles dafür zu tun, dass die Anträge schnell bearbeitet werden können, damit die Menschen, schnell Klarheit haben, ob sie Wohngeld bekommen und wenn ja, wie viel – und dann natürlich auch die Auszahlung schnell erfolgt.

In der vergangenen Stadtratssitzung haben wir als Fraktion einen Antrag eingebracht, der nochmals eine personelle Verstärkung in der Wohngeldstelle vorsieht, damit idealerweise nach vier Wochen ein Bescheid vorliegt. Zudem soll endlich die von uns schon lange eingeforderte digitale Bearbeitung der Wohngeldanträge realisiert werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, deren Einkommen knapp ist, so lange auf Leistungen warten müssen, die sie dringend benötigen, um ihre Wohnkosten bezahlen zu können.

Pia Barkow

Anzeige

Zwischen Traum und Wirklichkeit

Stand der Digitalisierung in Dresden

Im Sozialamt: Online-Anträge werden noch händisch bearbeitet

Die Digitalisierung der Stadtverwaltung geht in vielen Bereichen mehr als schleppend voran. Grund dafür ist eine falsche Prioritätensetzung und das Wunschdenken, Zukunftsvisionen zeitnah umsetzen zu können. Statt Dresden zu einer serviceorientierten Kommune zu entwickeln, setzt der Oberbürgermeister lieber auf die Popularisierung des neuen Verwaltungszentrums und fragwürdige Smart-City-Projekte.

Bis 2025 entsteht am Ferdinandplatz für rund 140 Millionen Euro das neue Verwaltungszentrum, das sogenannte Stadtforum. In den Verwaltungsneubau ziehen dann rund 1350 Beschäftigte ein. Die Stadt will dabei »neue Arbeitswelten« erschaffen: ohne feste Arbeitsplätze und papierlos. Die rein elektronische Dokumenten-, Vorgangs- und Aktenverwaltung soll dann mit der E-Akte realisiert werden. Da im Verwaltungsneubau auf klassische Aktenschränke verzichtet werden soll, muss ein großer Teil der Akten eingescannt werden. Die bewilligten drei Millionen Euro reichen laut Verwaltung aber nur für etwa 35 Prozent des Digitalisierungsbedarfs. Die Vision »neuer Arbeitswelten« und die damit verbundene aufgezwungene Zeitplanung, werden letztlich die Kosten und den Mehraufwand für das Leuchtturmprojekt erheblich steigern.

Der Oberbürgermeister setzt lieber auf Smart-City-Projekte, ohne Mehrwert für die Stadtbevölkerung

Das Sozialamt wird stiefmütterlich behandelt

Die Einführung der E-Akte erfolgt zuerst in den Ämtern des neuen Verwaltungszentrums. Die anderen Ämter – darunter auch das Sozialamt – folgen dann ab 2025 schrittweise. Dabei braucht es gerade in diesem Geschäftsbereich eine Digitalisierung der Bearbeitungsprozesse.

Bekanntlich wurde zu Beginn des Jahres mit der Wohngeldreform der Kreis der Berechtigten verdreifacht und dies schlägt sich nun in den Antragszahlen nieder. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohngeldstelle wurden von 43 auf 91 aufgestockt, damit diese wichtige Pflichtaufgabe der Kommune erfüllt werden kann. Die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch die gestiegenen Wohn- und Lebenshaltungskosten müssen schnell abgefedert werden.

Dazu gehören auch Instrumente wie der Dresden-Pass oder die Bildungspaketleistungen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, braucht es nicht nur die Möglichkeit, online Anträge zu stellen, sondern diese sollten auch vollständig digital bearbeitet werden können. Denn aktuell müssen Anträge, die online eingehen, händisch wieder ins System eingepflegt werden.

Doch seitens des Oberbürgermeisters gibt es keine Bestrebungen, die Reihenfolge der Ämter-Priorisierungen für die digitale Verwaltung und die E-Akte anzupassen. Dieser setzt lieber auf Smart-City-Projekte, ohne nennenswerten Mehrwert für die Stadtbevölkerung, sowie ein teures Verwaltungszentrum, das letztlich doch nur ein mittelmäßiges Bürogebäude ohne innovativen Ansatz ist.

Katharina Hanser

Migration
Polemik versus Fakten
» Seite 2

Linkisch
Schuldzuweisung im Mikrokosmos
» Seite 4

Frieden
Die ewige Positionssuche
» Seite 7

Ausgabe 05

»Wir brauchen eine Offensive der Humanität!«

Clara Bünger

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
Oktober/November 2023

Silberstreif am Horizont?

DIE LINKE startet ins Wahljahr 2024. » Seite 3

Gespaltenes Land

Ost-West und arm-reich: Gegensätze sind das Futter für die AfD

Pünktlich zum Jahrestag der Wiedervereinigung grüßt wieder das Murmeltier: Wie steht es nach 33 Jahren um die Einheit in Deutschland? Die Ostdeutschland-Bilanz der Bundesregierung ist verheerend. Mit ihrer desaströsen Politik verteilt die Ampel faktisch Wahlkampfgeschenke an die AfD. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist brüchig wie lange nicht. Von einer Einheit bei Löhnen und Wirtschaftskraft ist das Land noch immer Lichtjahre entfernt.

Der Ostbeauftragte der Ampel muss endlich konkrete Pläne vorlegen. Da Ostdeutsche über deutlich weniger Einkommen und Vermögen verfügen, sind sie von der Inflation besonders betroffen. Die Ampel bekämpft aber nicht die Teuerung, sondern sie treibt die Preise. Die Inflation ist ein Spaltpilz für die Gesellschaft. Wir brauchen eine konsequente Anti-Inflationspolitik, die Lohneinheit bis 2025, einen Inflationsausgleich für alle Rentnerinnen und Rentner sowie mehr Posten für den Osten. Höchste Zeit für eine Ost-Quote! Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen muss ein Ende haben.

Die Bundesregierung steuert das Land immer tiefer in Probleme. 33 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der Zusammenhalt brüchig wie lange nicht. Von sozialer Einheit kann keine Rede sein. Die Inflation liegt bei über sechs Prozent. Menschen verzweifeln an den Preisen. Normalverdiener verlieren real jeden Monat hunderte Euro. Was tut die Ampel? Sie hebt zum Beispiel den CO2-Preis und die Mehrwertsteuer auf Gas, Fernwärme und in Gaststätten an. Bürgerinnen und Bürgern droht erneut ein besonders teurer Winter. Wir brauchen das Gegenteil: eine konsequente Anti-Inflationspolitik. Also: Preise runter durch Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf null, Lohneinheit zwischen Ost und West, Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner und Gerechtigkeitsfonds statt Härtefallfonds für DDR-Rentnerinnen und Rentner!

Sören Pellmann, MdB, Ostbeauftragter der Bundestagsfraktion DIE LINKE

EDITORIAL

Bequem in der Falle

Wer 1990 gehofft hatte, der Weg ins neue Jahrtausend sei ein friedlicher, nachdem die große Systemkonfrontation beendet schien, dürfte Stand 2023 an den Rand der Resignation geraten sein. Töten, wohin man auch schaut und schaute, bestimmt das Weltgeschehen seither. Und mögen die Auslöser für die Kriege auch unterschiedlich sein, so zeigt sich deutlich: Kapitalistisches Wirtschaften in seinem Drang nach ökonomischer Expansion ist der Kriegstreiber Nummer 1. Die Migrationsbewegungen aus den Kriegs- und Krisengebieten sind letztlich die logische Folge dieser Ökonomie der Gier und Ausbeutung von Menschen, von Ressourcen, von Lebensräumen. Die Flüchtlingspolitik der EU ist dann die Antwort auf ein Problem, welches sie selbst mit geschaffen hat. Abschottung statt Bekämpfung der Ursachen. Eine Linke jedoch, die sich das Gerede der Mächtigen von »unseren Werten« zu eigen macht, sitzt in der Falle. Und so bequem es sich momentan darin auch sitzen mag: Das wird nicht so bleiben. *Uwe Schaarschmidt*

Antiquierte Geschlechterrollen sind auch hierzulande durchaus noch gesellschaftliche Normalität

Besser ja, aber ausreichend?

Ein neues sächsisches Gleichstellungsgesetz – mehr Geschlechtergerechtigkeit trotz CDU-Bremse

Nach knapp 30 Jahren wird das längst veraltete Sächsische Frauenförderungsgesetz nun endlich durch ein moderneres Gleichstellungsgesetz abgelöst. Warum ist das wichtig? Nach wie vor besteht keine Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen. Trotz einer Überrepräsentanz von Frauen im gesamten öffentlichen Dienst in Sachsen mit circa 65 Prozent gibt es keine gerechte Verteilung von Führungspositionen. Weiterhin müssen Frauen deutlich öfter als Männer ihre Berufstätigkeit mit Familien- oder Pflegeaufgaben vereinbaren. Außerdem besteht die geschlechtsspezifische Entgeltlücke nach wie vor und beträgt in Sachsen 11,8 Prozent.

Frauen sind immer noch strukturell benachteiligt. Gleichstellung ist in einer patriarchalen Gesellschaft eben kein Selbstläufer. Deshalb braucht es Lösungen und Regelungen. Gleichstellung ist nach Artikel 8 der sächsischen Verfassung Verfassungsauftrag. Allerdings scheiterte die Umsetzung eines neuen Gleichstellungsgesetzes in der Vergangenheit am Widerstand der CDU. Umso wichtiger war unser Druck in den vergangenen Jahren, damit die Kenia-Regierung ihr Koalitionsversprechen einlöst. So wurde endlich in der Plenarsitzung vom 20. September 2023 ein neues Gleichstellungsgesetz beschlossen, welches ab dem kommenden Jahr in Kraft tritt. Das Gesetz sieht einige Verbesserungen im öffentlichen Dienst vor, insbesondere zur Frauenförderung, Geschlechtergerechtigkeit bei Stellenbesetzungen und zu Aufstiegschancen. Männliche Bedienstete werden ermutigt, mehr Familienaufgaben zu übernehmen. Allerdings bleibt das Gesetz an vielen Stellen hinter den Erwartungen und unseren linken Lösungsvorschlägen zurück.

Frauen sind noch immer strukturell benachteiligt

Privatwirtschaft und Kommunen in die Pflicht nehmen

Wir sagen: Das Gesetz muss neben dem öffentlichen Dienst auch private Unternehmen in die Verantwortung nehmen. Denn Lohnungerechtigkeit gehört überall auf dem Arbeitsmarkt abgebaut! Außerdem braucht Sachsen eine geschlechtergerechte Haushaltsführung. Zudem sollte ein modernes Gleichstellungsgesetz nicht in binären Einteilungen verharren, sondern geschlechtsbezogene Diskriminierung insgesamt bekämpfen.

Den wohl größten Kritikpunkt am Gleichstellungsgesetz stellen Ausnahmen für die Kommunen dar. Damit strebt die Staatsregierung zwar mehr Geschlechtergerechtigkeit auf Landesebene an, bei den kommunalen Dienststellen hingegen setzt sie weiter auf die alten Regelungen. Unser Änderungsantrag erhielt bei der Sachverständigenanhörung von den Expert:innen viel Unterstützung, wurde dennoch abgelehnt. In der Parlamentsdebatte habe ich klar gemacht: Moderne Zeiten brauchen moderne Regelungen! Die Menschen im Freistaat brauchen ein modernes Gleichstellungsgesetz. Denn für die Lebensgestaltung, für die freie Entfaltung, für die berufliche Laufbahn ist es irrelevant, welches Geschlecht ein Mensch hat. Aber davon sind wir in Sachsen gerade noch sehr weit entfernt.

Sarah Buddeberg, MdL

ANZAHL DER AUSREISEPFLICHTIGEN IN DEUTSCHLAND SINKT STETIG

Fakten statt Polemik

Gegenwärtig scheint in der Bundespolitik ein Wettstreit zwischen den Parteien um die polemischsten Äußerungen zur Flüchtlingspolitik stattzufinden. Die Fakten geben das allerdings tatsächlich kaum her. Die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland sinkt tatsächlich weiter: Waren es Ende 2022 noch gut 300.000 Personen, wurden Ende August 2023 nur noch knapp 262.000 Menschen als ausreisepflichtig im Ausländerzentralregister geführt. 80 Prozent von ihnen verfügten über eine Duldung. Angesichts dieser Zahlen ist die enthemmte politische Debatte über angeblich notwendige Abschiebungsverschärfungen vollkommen fehlgeleitet. Ein Grund für den Rückgang der Zahl der Ausreisepflichtigen ist das seit Anfang des Jahres geltende Chancen-Aufenthaltsrecht: Dadurch erhalten jahre- oder sogar jahrzehntelang in Deutschland geduldete Menschen endlich die Chance eines legalen Aufenthalts. Faktisch sind viele von ihnen ohnehin längst Teil der Gesellschaft. Sie haben Freund:innen gefunden, gehen einer Arbeit nach, und ihre Kinder gehen zur Schule. Ende August 2023 hatten 37.092 ehemals geduldete Menschen eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Chancen-Aufenthaltsrecht.

Offensive der Humanität

Weniger als zehn Prozent der Geduldeten haben eine sogenannte Duldung *light*, das heißt dass die Behörden unterstellen, dass sie ihre Abschiebung selbst verhindern. In den meisten Fällen sind Abschiebungen dagegen aus objektiven Gründen nicht möglich. Die Liste der wichtigsten Herkunftsländer der Geduldeten unterstreicht dies: Irak, Afghanistan und Russland sind Länder, in die nicht oder nur im Ausnahmefall abgeschoben wird.

Flughäfen: für die einen Start in den Urlaub, für die anderen in Elend, Unterdrückung, Tod

Ich fordere alle politischen Akteure auf, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen, ausgrenzende Abschiebungsdebatten sofort zu beenden und auf weitere Gesetzesverschärfungen zu verzichten. Die Menschen haben in aller Regel gute Gründe, warum sie sich zur Flucht entschieden haben, selbst wenn sie am Ende keinen Flüchtlingsstatus erhalten. Die politische Aufgabe besteht darin, sie schnell und gut aufzunehmen. Statt einer Abschiebungsoffensive brauchen wir eine Offensive der Humanität..

Clara Bünger, MdB

Der Kampf ums Rathaus beginnt mit der Aufstellung unserer Kandidat:innen

STADTRATSWAHL 2024

Vorschlag beschlossen

Der Erweiterte Stadtvorstand der Dresdner LINKEN tagte am 7. Oktober im »Haus der Begegnung«. Das Gremium besteht aus dem gewählten Stadtvorstand plus den Vorsitzenden der Stadtbezirksverbände. Zweck der Beratung war die Diskussion und Beschlussfassung über einen von der Koordinierungsgruppe erstellten Vorschlag für die Kandidaturen zur Stadtratswahl in Dresden im kommenden Jahr. Mit einigen Änderungen wurde über den Vorschlag abgestimmt, der dabei eine große Mehrheit erhielt. Der Vorschlag ist nun Grundlage für die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten auf dem Stadtparteitag am 21. Oktober.

Der Stadtparteitag beschließt dann in geheimen Wahlen die endgültige Liste. Für die ersten drei Listenplätze in den elf Dresdner Wahlkreisen werden dem Stadtparteitag die in der untenstehenden Tabelle nachzulesenden Kandidatinnen und Kandidaten empfohlen. Insgesamt können je Wahlkreis zehn Personen aufgestellt werden.

Die Redaktion

	Platz 1	Platz 2	Platz 3
Wahlkreis 1 Stadtbezirk Altstadt (ohne Friedrichstadt)	Tilo Kießling	Jasmin Eisenberger	Franziska Wolter
Wahlkreis 2 Stadtbezirk Neustadt	Anja Stephan	Phillip Grimm	Annegret Gieland
Wahlkreis 3 Stadtbezirk Pieschen	Jacqueline Muth	Marcus Bartusch	Diana Kotte
Wahlkreis 4 Stadtbezirk Klotzsche/ rechtselbische Ortschaften	Anja Apel	Thorsten Voigt	Kristin Hofmann
Wahlkreis 5 Blasewitz-West/Striesen	Tilo Wirtz	Svenja Schneidewind	Lea-Michelle Wendisch
Wahlkreis 6 Blasewitz- Ost/Gruna/ Seidnitz/ Tolkewitz	Grit Alliger	Gerrik Verhees	Manja Lemke
Wahlkreis 7 Stadtbezirke Leuben und Loschwitz	Jens Matthis	Jenny Kunkel	Dorit Hollasky
Wahlkreis 8 Stadtbezirk Prohlis	Florian Berndt	Margot Gaitzsch	Annett Adam
Wahlkreis 9 Stadtbezirk Plauen	Kristin Dänhardt	Tino Wehner	Henriette Hanig
Wahlkreis 10 Cotta/Löbtau/Naußlitz/ Friedrichstadt	André Schollbach	Barbara Behncke	Wilma Gommlich
Wahlkreis 11 Gorbitz/Briesnitz/ linkselbische Ortschaften	Katharina Hanser	Niklas Schütze	Reingard Jokisch

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Eigentum, Kultur und Rassismus. Ein Gespräch zur Debatte um kulturelle Aneignung

Mit Prof. Dr. Stefania Maffeis, Professorin für Politikwissenschaft, Schwerpunkt Politische Theorie/Bildungstheorie, Evangelische Hochschule Dresden

■ 17. Oktober, 18 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Vom Gebrauchswert der Linken*

Reihe: Wege aus der linken Krise

Referent:innen:

- Ines Schwerdtner (*1989) ist Mitbegründerin der sozialistischen Zeitschrift »Jacobin« und begleitet die Entwicklung der Linken seit längerem publizistisch.
- Juliane Nagel (*1978) ist seit 2009 Stadträtin in Leipzig sowie seit 2014 Landtagsabgeordnete in Sachsen für DIE. LINKE. Im Landtag ist sie Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik, Wohnungspolitik und Drogen.
- Sebastian Walter (*1990) ist seit 2019 Mitglied des Landtags Brandenburg, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Und seit 2022 Landesvorsitzender DIE LINKE. Brandenburg.

■ 23. Oktober, 18.30 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Österreichs Linke im Aufwind? Vom Roten Wien über Graz nach Salzburg

Mit Prof. Peter Porsch, Soziolinguist, langjähriger Politiker der LINKEN

■ 25. Oktober, 19 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Die politische Produktivität des Utopischen*

Reihe: Wege aus der Linken Krise

Referent:innen:

- Annette Schlemm (*1961) ist Physikerin, Philosophin und Autorin. Sie interessiert sich unter anderem für technisch-energiepolitische Fragen und beschäftigt sich mit planetaren Belastungsgrenzen.
- Uwe Hirschfeld (*1956) war zwischen 1992 und 2020 Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Theorie und Bildung an der Evangelischen Hochschule Dresden. Seit seiner Rente ist er freiberuflich tätig.

■ 6. November, 18 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Piraten- und Freie Radios. Von Frequenzbesitzern und Frequenzbesetzungen

Reihe: 100 Jahre anderes Radio

Über emanzipatorischen Dissens und eine Demokratisierung der Öffentlichkeit. Mit Lilli Helmbold, Lukas Holfeld, (Redaktion Kunst, Spektakel, Revolution) und Alex Körner (100 Jahre anderes Radio)

■ 6. November, 19 Uhr, »Kosmotique«, Martin-Luther-Str. 13

Ökonomie nach dem Kapitalismus*

Reihe: Wege aus der linken Krise

- Christian Hofmann (*1980) lebt in Leipzig und arbeitet als Koordinator im Bildungsbereich. Er schreibt für verschiedene linke Zeitschriften und Online-Formate.
- Friederike Habermann (*1967) ist Volkswirtin und Historikerin. Sie forscht, schreibt und spricht als freie Wissenschaftlerin.

■ 13. November, 18 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Organizing – Möglichkeiten und Grenzen eines strategischen Konzepts*

Reihe: Wege aus der linken Krise

Referent*innen:

- Judith Weger (*1994) ist Soziologin. Sie arbeitet beim Forschungsprojekt »Solidarität organisieren in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz« (SONAR).
- Philipp Rubach (*1996) ist Lehrer. Er ist Gründer der Initiative »Aufbruch Ost«, die für Solidarität und Selbstermächtigung jenseits von Pegida und AfD in Ostdeutschland streitet.
- Vertreter:in der Mietergemeinschaft »Schönefelder Höfe«, einer Nachbarschaftsorganisierung von und mit Vonovia-Mieter:innen in Leipzig-Schönefeld, die mit dem Konzept des Organizings arbeiten.

■ 20. November, 18 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

* *Übertragung der Veranstaltung aus Leipzig mit der Möglichkeit, vor Ort über die Inhalte der Podiumsdiskussion ins Gespräch zu kommen*

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Ziemlich bequem: Die Schieflage einer ganzen Partei an einer einzelnen Person festmachen

Dunkel ist das neue Hell

Ohne jede Lichtquelle wirft der Umgang in der LINKEN mit Sahra Wagenknecht seine Schatten voraus. Eine optische Meisterleistung

Wie der Landmann auf den Regen, so wartet der LINKE in diesem Jahr auf Sahra Wagenknecht. Also darauf, dass sie endlich ernst macht. Freilich: So mancher Mann hat schon sehr viel länger darauf gewartet, dass eine Frau endlich ernst macht. Womit auch immer. Aber es war wohl nie so prickelnd wie dieses Mal. Man kann Sahra Wagenknecht viel vorwerfen, aber eines nicht: Dass sie die linke Männerwelt nicht im Griff hätte. Natürlich nur die alte, weiße. Gut – eine paar Frauen hat sie auch im Griff bzw. im migrantischen Hintergrund, das schon. Aber größtenteils scheint mir die ganze Sache eine typische Mann-Frau-Geschichte zu sein: Eine politische Beziehungskiste, an der sich bislang alle Paartherapeuten die dritten Zähne ausgebissen haben.

»Manchmal muss einem auch etwas egal sein dürfen!« (Max Goldt)

Natürlich gibt es nicht wenige LINKE, denen das gut gefällt, die schwer darauf hoffen, dass Sahra Wagenknecht endlich ernst macht – weil sie sie loswerden, endlich loswerden wollen. Aber warum eigentlich? Immer wieder hört man den Vorwurf, sie nähme ihr Mandat nicht ernst, fehle bei Abstimmungen und würde stattdessen durch Talkshows tingeln oder gegen Eintritt aus ihren Büchern vorlesen. Und?

Man zeige mir – von Gregor Gysi abgesehen – einen einzigen aktiven Politiker im Bundestag, der es schaffen würde, Menschen aus seinen Episteln vorzulesen, die bereit sind, dafür auch noch Geld zu bezahlen. Jede vernünftige Partei wäre froh, so jemanden zu haben und wenn sie so jemanden hätte, würde sie ihm (fast) alles verzeihen, selbst das Fehlen bei Abstimmungen, wenn es nicht auf dessen Stimme ankäme, was bei der LINKEN im Bundestag allerdings immer so ist – egal, was gerade beschlossen wird.

Deshalb wird ihr vorgeworfen, in ihren Büchern stünden Dinge, die man als LINKE nicht sagen dürfe. Genannt werden dabei immer ihre Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung, ihre distanzierte Haltung zu identitätspolitischen Themen und ihre pointierte Kritik an der Außenwahrnehmung ihrer Partei. Da kann man nun sicher anderer Meinung sein und man kann auch den Zeitpunkt der Erscheinung eines der Bücher kritisieren. Aber was ist prinzipiell daran auszusetzen, dass jemand Debatten aufnimmt, die in der Gesellschaft und auch in der eigenen Partei ohnehin geführt werden? Und wo kommt eine linke Partei eigentlich hin, wenn sie sich erdreistet, innerparteiliche Meinungskorridore festzulegen, die man gefälligst nicht zu hinterfragen hat? Das ist eine rein rhetorische Frage, denn der Autor dieses Textes weiß ziemlich genau, wohin das führt, da er einstmals Mitglied der SED gewesen ist. Ein solcher Meinungskorridor wird immer schmaler – bis man dann irgendwann ideologisch auf den Strich geht.

Ein Meinungskorridor wird immer schmaler – bis man dann irgendwann ideologisch auf den Strich geht

»Oh those Russians!« (Boney M.)

Wer heutzutage über Sarah Wagenknecht spricht, kann freilich zu Russland nicht schweigen und dieses »nicht schweigen« besteht allzu oft darin, jeden bellizistischen Unfug nachzuplappern, der Agnes Strack-Zimmerman, Roderich Kiesewetter, Annalena Baerbock und anderen Großdenkern der zeitgenössischen Philosophie aus ihren russophoben Brotklappen bröselt, wenn der Tag lang und irgendeine Kamera auf Sendung ist.

Sahra Wagenknecht hat sich geirrt, was die Angriffspläne Putins betraf. Damit war sie nicht so ganz allein und sie hat es zugegeben. Sie hat den Krieg als Verbrechen Putins bezeichnet, auch das ist aktenkundig. Dass sie aber an die Vorgeschichte dieses Krieges erinnerte, die Rolle der USA und auch der deutschen Außenpolitik dabei thematisierte, auf völkerrechtswidrige Angriffskriege von NATO-Staaten verwies, die genau jenes Tor zu Hölle geöffnet haben und gar mit Alice Schwarzer ein »Manifest für den Frieden« veröffentlichte, in dem gefordert wurde, das elende Verrecken um jeden Preis und sofort zu beenden – das war plötzlich ein No-Go.

Eigentlich ganz normal, wenn das Geschrei darüber von der politischen Konkurrenz käme. Dass aber ihr Parteivorstand vornehm auf Distanz dazu ging, nachdem recht prominente Mitglieder der Partei vorher schon darüber schwadronierten, man müsse vielmehr das Verhältnis der Partei zur NATO neu überdenken, sagt mehr über den Zustand einer linken Partei, als über Sahra Wagenknecht.

»Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei« (Stephan Remmler)

Ich bin kein Anhänger aller politischen Aussagen von Sahra Wagenknecht. Wirklich nicht. Ich könnte über meinen politischen Dissens mit ihr zwei weitere Seiten füllen. Mindestens. Das geht mir mit anderen Mitgliedern meiner Partei aber ganz ähnlich. Und ich bin mir sicher, dass es einigen Mitgliedern meiner Partei mit mir ebenso geht.

Wenn dies aber nun künftig der Grund dafür sein soll, laut hinauszuposaunen, dass man die Zukunft der Partei ohne die jeweils anderen plant, können wir auch aufhören. Einen solchen Haufen braucht niemand.

Uwe Schaarschmidt

Eine linke Oase

Bildung, Begegnung und Erholung in »Heideruh«

Politische Bildung, feiern oder einfach nur Urlaub unter Gleichgesinnten: Die Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte in der Lüneburger Heide

»Heideruh« liegt in der Nordheide bei Buchholz circa 50 Kilometer von Hamburg entfernt. »Heideruh« entstand in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts. Bis zur Machtergreifung der Nazis trafen sich dort Kommunisten, um ihren Widerstand zu organisieren. Mit der Machtergreifung der Nazis wurde es von diesen beschlagnahmt und als Gefolgschaftsheim genutzt. Ab Mai 1945 kam es wieder in Besitz der politischen Gegner der Nazis. Bis heute ist es trotz großer staatlicher Sanktionen ein Ort, der sich dem Motto »Dass niemals geschehe, was gestern geschah!« verschrieben hat.

Seit vielen Jahren wollte ich »Heideruh« kennenlernen. Nun endlich habe ich es getan und es sehr genossen. Natürlich habe ich gleich den Plan gefasst wiederzukommen, aber nicht allein! Ich möchte gern mit euch – egal, ob jung oder alt – dorthin fahren.

Was erwartet uns da?

1. Begegnung mit anderen Antikapitalist:innen, Aktiven, Mitgliedern befreundeter Organisationen
2. Exkursionen zu historischen Orten der Vernichtung und des Widerstandes ins benachbarte Umland (KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, Neuengamme, Börgermoor, Hamburg mit seinen vielen Erinnerungsorten auf den Spuren des Widerstands gestern und heute,...)
3. Kraft tanken, neue Impulse erhalten und geben
4. Erholung (in der Heidelandschaft, in und um Hamburg, ...)
5. Gemeinsames Bauen, um »Heideruh« zu erhalten

In »Heideruh« wird man liebevoll umsorgt. Es gibt Einzel- und Doppelzimmer. Auch Zelten ist möglich. Insgesamt können bis zu 80 Personen gleichzeitig dort sein. In »Heideruh« ist das ganze Jahr etwas los. Am 21. Juli 2023 fand das erste Mal das Pastaciutta-Essen statt. Es geht auf eine italienische antifaschistische Tradition aus dem Jahr 1943 zurück. Am 25. Juli wurde Mussolini abgesetzt und festgenommen. Aus Freude darüber und in der Hoffnung auf das Ende des Faschismus, veranstaltete die Familie Cervi auf dem Dorfplatz das erste Mal dieses Essen. In einer Vergeltungsaktion für Partisanenaktivitäten wurden alle sieben Söhne dieser Familie von den Faschisten im Dezember 1943 hingerichtet. In gedenken daran führen über 220 Orte diese Tradition des Pastaciutta-Essen jedes Jahr durch. Neben dem gemeinsamen Essen wurde über die Hintergründe informiert, ein Grußwort verlesen und gesungen. Vielleicht könnte dies auch bei uns zur Tradition werden?

In »Heideruh« wird man liebevoll umsorgt

Ich hatte Glück, denn am Samstag fand einer der jährlichen politischen und kulturellen Höhepunkte, das Sommerfest, statt. Es nahmen unterschiedlichste Gruppen und Initiativen teil. Neben Workshops kam auch die Kultur nicht zu kurz. Ich nutzte die Gelegenheit, um viele Kontakte zu knüpfen. Wenn ihr neugierig geworden seid, meldet euch unter rica.gottwald@dielinke-dresden.de. Ich sammle alle Interessierten und dann planen wir gemeinsam.

Rica Gottwald

LANDESINKLUSIONSTEAM

Mitstreiter:innen gesucht

Bei der Umsetzung seiner zahlreichen und diversen Aufgaben sucht das Landesinklusionsteam dringend Unterstützung durch die Mitglieder des Landesverbandes, der Stadt-, Kreis- oder Ortsverbände sowie Mitglieder der LAGs, um das Thema Inklusion in den Strukturen unserer Partei fester zu verankern. Nicht nur, aber auch hinsichtlich der Inklusionskampagne, die vom Parteivorstand der Bundespartei gestartet wurde bzw. wird.

Wir freuen uns über jede:n Genoss:in, der:die:divers uns unterstützen und helfen will. Schreibt einfach eine Mail an die unterstehende Adresse und vor allem leitet diese Nachricht an Interessierte weiter. Sofern genügend Leute zusammen sind, werden wir zeitnah sicher eine online Video Konferenz einberufen, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Birger Höhn, Landesinklusionsbeauftragter

Kontakt: inklusionsbeauftragte @dielinke-sachsen.de

Inklusion meint auch Lebensfreude inklusive

Florian Berndt und der Vorstand des Vereins »Länger gemeinsam Lernen« – Gemeinschaftsschule in Sachsen e. V.

BILDUNGSWENDE JETZT!

Gemeinsam geht's besser

Bildungswende jetzt!« heißt auch, die Wege zum längeren gemeinsamen Lernen zu ebnen. Der Start ins neue Schuljahr war nicht nur begleitet von bunten Zuckertüten für die jüngsten Schülerinnen und Schüler. Denn die Lernbedingungen an den Schulen lassen sich nicht mit einer Zuckersoße für Lernende und Lehrende gut gestalten. Forderungen nach grundlegenden Verbesserungen in der Bildung artikulierten bundesweit, auch in Sachsen, am 23. September Menschen bei Demonstrationen, wie zum Beispiel in Leipzig. Als wesentlich betrachten wir in der AG Bildung die Möglichkeit, weiteren Kindern Wege zum längeren gemeinsamen Lernen zu ermöglichen. Wie das geschehen kann, soll auf dem 2. Gemeinschaftsschultag am 11. November in Chemnitz, von 10 bis 15 Uhr, beraten werden. Die Veranstaltung richtet sich an alle interessierten Schülerinnen und Schüler, Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrkräfte, Mitglieder von Kommunalvertretungen und Engagierte. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung erwünscht.

Der Verein hat einen Flyer herausgegeben sowie eine Webseite mit vielen Hinweisen gestaltet.

Ingrid Körner, AG Bildung Dresden

www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de

VERANSTALTUNGSTIPP

Chile – Land der Hoffnung

Am 24. November, ab 15 Uhr, laden wir im Haus der Begegnung auf der Großenhainer Straße 93 alle ein, mit uns gemeinsam gedanklich nach Chile zu reisen. Damit es leichter fällt, werden wir Chilenische Freunde begrüßen und unser Programm mit leckeren Empanadas, Musik – live und aus der Konserve – und Fotodokumente umrahmen.

Ana Albornoz wird in einem Vortrag die schwierige Aufgabe übernehmen, die Geschichte Chiles vor Allende, die Zeit von 1970 bis 1973 unter der Präsidentschaft Allendes zu erläutern. Dabei wird es auch um die Vorbereitung des faschistischen Militärputsches unter maßgeblicher Hilfe der USA und der CIA, aber auch des BND und dessen Folgen bis in die Gegenwart gehen müssen.

Was können wir aus den Ereignissen für unseren Kampf um eine gerechte Gesellschaft lernen? Mit dieser Frage wollen wir uns dann in einer Diskussion beschäftigen.

DDR-Briefmarke mir Solidaritätsanteil aus dem Jahr 1973

■ **Chile – 50 Jahre nach dem faschistischem Putsch, 24. November, 15 Uhr, »Haus der Begegnung«**

PINKE HÄNDE

Gemeinsam gegen Kippen

Zigarettenkippen sind das am meisten weggeworfene Abfallprodukt. Sie sind giftig für Mensch und Tier, belasten unser Grundwasser, verweilen als Mikroplastik in den Ökosystemen und verursachen immense Reinigungskosten. Achtlos auf dem Boden oder in Gewässern entsorgte Kippen stellen ein immenses Umweltproblem dar, gut sichtbar und omnipräsent in unseren Städten, an Häfen, Tankstellen oder am Strand.«

Bei der lokalen Kippensammlung im Rahmen der Aktion: »Ein Monat – Eine Million Kippen« sammeln wir mit im Haus der Begegnung! Eine tolle Initiative, bei der auch schon Genossen aktiv sind. *Kristin Hofmann*

■ **Infos unter www.pinke-haende.de**

Lieber in unseren Ascher, als auf die Straße

OKTOBER/NOVEMBER/DEZEMBER

Termine und Veranstaltungen

Immer eine gute Adresse: Das »Haus der Begegnung«

Sitzung des Stadtbezirksverbands Altstadt
■ **16. Oktober, 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle DIE LINKE Sachsen, Cottaer Str. 6c**

Beratung des Ältestenrates
■ **17. Oktober, 10 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93**

Sitzung des Stadtvorstandes im Oktober
■ **19. Oktober, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93**

Infostand des Stadtbezirksverbands Altstadt
■ **20. Oktober, 15 Uhr, Bahnhof Mitte**

Stadtparteitag DIE LINKE Dresden
Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Dresdner Stadtratskandidat:innen. Die Mitglieder haben eine schriftliche Einladung erhalten. Bei Fragen bitte an die Geschäftsstelle wenden.
■ **21. Oktober, 9.30 Uhr, Rathaus**

Stadtparteitag DIE LINKE Dresden
Ggf. beginnt der Parteitag eher mit der Fortsetzung des Vortages, bitte schaut dazu in eure Unterlagen bzw. meldet euch vorher.
■ **22. Oktober, 11 Uhr, Rathaus**

Linker Spätschoppen – Stammtisch des Stadtbezirksverbands Altstadt
■ **23. Oktober, 18 Uhr, »Torwirtschaft«, Lennéstr. 11**

Putzaktion der Prohliser LINKEN
■ **29. Oktober, 10 Uhr, Albert-Wolf-Platz, Treff: »Eltern-Kind-Büro«**

Stammtisch Stadtbezirks verband Leuben
■ **1. November, 19 Uhr, Jugendtreff »Check out«, Bahnhofstraße 21**

1. Sitzung des Stadtvorstandes im November
■ **2. November, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93**

Stammtisch Prohliser LINKE
■ **6. November, 18 Uhr, »Eltern-Kind-Büro«, Berzdorfer Str. 26**

Alltagsrassismus – Veranstaltung u. a. mit Stadträtin Pia Barkow
Was meint der Begriff Rassismus und was nicht? Wie funktioniert Rassismus und welche Auswirkungen hat er? Welche Formen von Rassismus gibt es? Und was ist Alltagsrassismus?
■ **7. November, 18, »Café Luk«, Grundstr. 174**

Stammtisch LINKS in der Neustadt
■ **10. November, 19 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21**

Mitgliederversammlung DIE LINKE. Dresden-Nord im November
Interessierte sind herzlich eingeladen!
■ **15. November, 19 Uhr, »Volkssolidarität«, Putbuser Weg 18**

Zur Situation in der Russischen Föderation
Eine Veranstaltung von Rotfuchs
■ **18. November, 10 Uhr, »Drogenmühle Heidenau«, Dresdner Str. 26**

Sitzung des Stadtbezirksverbands Altstadt
■ **20. November, 19 Uhr, Landesgeschäftsstelle DIE LINKE Sachsen, Cottaer Str. 6c**

Infostand des Stadtbezirksverbands Altstadt
■ **24. November, 15 Uhr, Bahnhof Mitte**

Linker Spätschoppen – Stammtisch des Stadtbezirksverbands Altstadt
■ **27. November, 18 Uhr, »Torwirtschaft«, Lennéstr. 11**

1. Sitzung des Stadtvorstandes im November
■ **30. Novemberr, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93**

Stammtisch Stadtbezirksverband Leuben
■ **6. Dezember, 19 Uhr, Jugendtreff »Check out«, Bahnhofstraße 21**

Komintern heute realisierbar? Aber notwendig!
Eine Veranstaltung von Rotfuchs
■ **8. Dezember, 10 Uhr, »Drogenmühle Heidenau«, Dresdner Str. 26**

Stammtisch LINKS in der Neustadt
Unser monatlicher Stammtisch findet regelmäßig am Freitag vor der Stadtbezirksbeiratssitzung statt. Wir treffen uns immer 19 Uhr in der Wir AG am Martin-Luther-Platz.
8. Dezember, 19 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Stammtisch Prohliser LINKE
■ **11. Dezember, 18 Uhr, »Eltern-Kind-Büro«, Berzdorfer Str. 26**

Blutspende im Haus der Begegnung
Termin auf Seite des DRK buchbar. Ausweis nicht vergessen.
■ **12. Dezember, 15 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93**

Sitzung des Stadtvorstandes im Dezember
■ **13. Dezember, 18.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93**

Mitgliederversammlung DIE LINKE. Dresden-Nord im Dezember mit Weihnachtsfeier
Interessierte sind herzlich eingeladen!
■ **13. Dezember, 19 Uhr, »Volkssolidarität«, Putbuser Weg 18**

Eine Verpflichtung zur Erinnerung

Lehren aus der Geschichte zu ziehen, bedingt ihrer Betrachtung als Ganzes

Am 1. September jährte sich zum 84. Mal der Beginn des Zweiten Weltkriegs – genau dieses Ereignis ist auch der Grund, den 1. September als Weltfriedenstag bzw. Antikriegstag zu begehen. Und gerade in dieser Zeit ist es wichtig, uns an die damaligen Ereignisse zu erinnern. Denn: »Wer die Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen«. Dieser Satz wurde mir noch als Student an der Fakultät für Geschichte der Dostojewski-Universität Omsk fest eingeprägt. Auch in meinem Schulalter war die Erinnerungskultur im Geschichtsunterricht wie im Alltag überall präsent. Doch war es eine Erinnerungskultur, die den Sieg über Nazideutschland in den Vordergrund stellte, die Schrecken des Krieges an die zweite oder dritte Stelle. Und nie war die Rede vom Zweiten Weltkrieg – der Große Vaterländische Krieg begann ja erst mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion 1941.

Die einen sagen so, die anderen so: Stärkt oder schwächt eine multipolare Welt die Rolle der UNO?

Das Zusatzprotokoll

Das fand ich damals richtig oder zumindest berechtigt – schließlich war die Sowjetunion die Hauptleidtragende und die Macht, die den größten Beitrag zur Befreiung Europas leistete. Aber der Überfall Russlands auf die Ukraine zwingt uns, wieder daran zu erinnern, wie der Zweite Weltkrieg begann. »Sie kennen [...] die endlosen Versuche, die ich zu einer friedlichen Verständigung über das Problem Österreich unternahm [...]. Es war alles vergeblich.« Mit dieser Rede begann Hitler am 1. September 1939 seinen lange geplanten Polenfeldzug. Zwei Tage später erklärten Frankreich und Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg. Aber nicht die Sowjetunion: Am 17. September erklärt die UdSSR, Polen hätte »faktisch aufgehört zu existieren«, marschiert in Ostpolen ein und setzt damit die im geheimen Zusatzprotokoll zum Molotow-Ribbentrop-Pakt vereinbarte Aufteilung Polens um. Die »multipolare Welt« wurde geboren, die letzte Weltkolonialmacht Großbritannien und die USA mit ihrer Rassentrennung haben an Einfluss verloren. Gleichzeitig war damit der Völkerbund als Versuch, auch kleineren Ländern eine Stimme zu geben, erledigt. Rechte Diktaturen gewannen an Einfluss.

Heute haben wir eine schlecht funktionierende UNO, umso wichtiger ist es, sie zu erhalten

Heute haben wir eine schlecht funktionierende UNO, umso wichtiger ist es, sie zu erhalten. Wer nach der »multipolaren Welt« ruft in der Hoffnung, die USA zu schwächen, schwächt am Ende die UNO, stärkt die rechten Diktaturen in Teheran und Moskau und stimmt zu, dass kleinere Länder, ob in der »Dritten Welt« oder an der Peripherie Europas, entweder keine Stimme mehr haben oder sie »hören faktisch auf zu existieren«.

Artyom Stassyuk

GEFAHR FÜR ASYLRECHT

Menschenrechte wahren!

Lagerhaltung und Selektion von Menschen. Demnächst der Standard an den EU-Außengrenzen?

Die Europäische Union plant nichts weniger als die Abschaffung der Menschenrechte für Geflüchtete. Doch die Welle der Empörung bleibt bislang verhältnismäßig klein. Was hat die EU genau vor? Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sieht unter anderem vor, Lager an den Außengrenzen der EU zu errichten, in denen Menschen vor ihrem Asylantrag aussortiert werden.

Kommen sie aus einem verhältnismäßig sicheren Land, gibt es erst gar kein Verfahren. Währenddessen sollen die Geflüchteten behandelt werden, als wären sie »nicht eingereist«. Durch die Reform will die EU Pushbacks legalisieren. Außerdem werden Abschiebungen zukünftig auch in Länder möglich, aus denen die Geflüchteten gar nicht stammen. Gleichzeitig werden etliche unsichere Staaten als »Sichere Herkunftsländer« eingestuft. Diese massive Entrechtung wird von jeglichen Parteien über SPD, Grüne, FDP, CDU und ganz besonders durch die AfD unterstützt. Daher braucht es aus massiven Widerspruch aus Politik und Zivilgesellschaft, um auf die Gefahren der Reform hinzuweisen.

Wir, als Linksjugend Dresden, entschlossen uns daher, sowohl niederschwellige Aufklärung via Social Media zu verbreiten als auch eine Diskussionsveranstaltung mit Clara Bünger und Axel Steier (Mission Lifeline) ins Leben zu rufen. Des Weiteren haben wir am 29. September gegen die GEAS-Reform demonstriert. Dafür waren unter anderem Cornelia Ernst, die Seebrücke und der Sächsische Flüchtlingsrat vor Ort. Hierbei wurde ein deutliches Zeichen der Solidarität gesendet. Das zeigt: Dresden hat auch eine vielfältige, antirassistische Zivilgesellschaft, die sich politische Missstände anzusprechen traut!

Richard Adam

Auf Tour in Sachen Klima und Soziales

Die Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst unterwegs in Rheinland-Pfalz

Strom aus Erdwärme und künftig auch Förderung von Lithium – in Insheim versucht man, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen

Wie jeden Sommer in den letzten zehn Jahren machte Conny Ernst eine Sommertour in Rheinland-Pfalz. Sie begann am Montag, dem 28. August, mit dem Sommerfest »Gemeinsam unter freiem Himmel«, das erstmals von Studierenden der sozialen Arbeit und verschiedenen Aktiven Gruppen in Koblenz veranstaltet wurde. Diese wollten damit insbesondere die Obdach- und Wohnungslosigkeit thematisieren. Conny ging in ihrer Rede vor allem auf die Probleme und Diskriminierungen ein, denen Wohnungslose täglich ausgesetzt sind.

Am nächsten Tag sprach sie in Karlsruhe mit den Geschäftsführern des Geothermiekraftwerks »Vulcan Insheim« Dr. Horst Kreuter und Thomas Bening. Es ging auch um die Gewinnung von Lithium, das der Grundrohstoff für die Herstellung von Autobatterien ist und für die Energiewende im Verkehr benötigt wird. Dr. Kreuter stellte die Zero-Carbon-Lithium-Gewinnung durch Geothermiebohrungen mit anschließenden Schürfungen auf physikalischem Prinzip vor.

Für Insheim und Landau wurden alle eingerichteten Bohrungen zur Gewinnung von Lithium im CO_2-neutralem Gewinnungsverfahren eingerichtet.

Am Abend des Tages war Cornelia Ernst zum Gespräch mit dem Kreisverband DIE LINKE. Landau eingeladen und tauschte sich mit dem Vorsitzenden Jens Schwaab und dem Stadtrat Daniel Emmerich über die Entwicklungen vor Ort aus.

Energiewende als soziale Herausforderung

Am Mittwoch wurde Conny von Dr. Michael Altmoos durch sein privat geführtes naturnahes Mitmachmuseum für Jung und Alt in Staudernheim geführt, das sich unter anderem mit den Bedingungen für gesunden Wald sowie der Fähigkeit von Moosen, CO_2 zu speichern, beschäftigt. Es folgte ein Wildimbiss beim Forstamt Soonwald im Hunsrück, bei denen über die klimabedingten Schäden, unter dem der Soonwald zunehmend leidet, gesprochen wurde.

Conny ging auf Probleme ein, denen Wohnungslose täglich ausgesetzt sind

Am Abend folgte in der Landeshauptstadt Mainz eine Diskussionsrunde zu »Asyl ist kein Kompromiss – Asyl ist Menschenrecht«. An dem Gespräch nahmen auch Gerhard Trabert und Stadtratsmitglied Tupac Orellana teil. Am Donnerstag ging es südlich in die Pfalz nach Kaiserslautern. Dort sprachen Hans Sander, Gewerkschaftsmitglied und Aktiver im Bereich Armut und Soziales, sowie das Stadtratsmitglied Lena Edel mit Conny bei einer öffentlichen Veranstaltung über Energiearmut, Stromsperren und Energiepreise.

Am letzten Tag besuchte Conny mit dem Kreisverbandsvorsitzenden aus Ludwigshafen, Jan Mohammad, die Wasserwerke TWL sowie die der integrierten Leitstelle in Ludwigshafen.

Sarah Zürbig-Schwarzrock, Mitarbeiterin MdEP Cornelia Ernst

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Richard Adam, Sarah Buddeberg, Clara Bünger, Rica Gottwald, Birger Höhn, Ingrid Körner, Sören Pellmann, Uwe Schaarschmidt, Artyom Stassyuk, Sarah Zürbig-Schwarzrock

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
dave-ev/unsplash (1); mario-scheibel/unsplash (2); sandy-millar/unsplash (2); x-weinzar/wikimedia commons (3); Martin Heinlein (4); Heideruh e.V. (5); elevate/unsplash (5); Florian Berndt (5); the-blowup/unsplash (7); torbjorn-sassersson/unsplash (7); Claus Ableiter/wikimedia commons (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
28. September 2023

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

BUNDESHAUSHALT 2024

Sparen an den falschen Stellen

Noch wird der Bundeshaushalt 2024 in den Gremien des Bundestages beraten. Aber schon jetzt gibt es massive Kritik an dem Zahlenwerk aus dem Hause Lindner. Gesine Lötzsch aus der Bundestagsfraktion der LINKEN formuliert es so: »Die Ampel hat ein Herz für Panzer, aber nicht für Kinder«. Das Militär darf im kommenden Jahr 17 Milliarden mehr ausgeben. Ein beträchtlicher Aufwuchs.

Andererseits soll die Schuldenbremse wieder eingehalten werden und das in Zeiten von Krieg, Inflation und stagnierender Wirtschaft. Gerade jetzt wären Investitionen in Bildung, Verkehr, Wohnungsbau und Klimaschutz notwendig. Dafür hätte die Ampel sich mal um die Einnahmenseite kümmern können. Stichworte: Reichenbesteuerung, Dienstwagenprivileg und Abschöpfung der Übergewinne der Krisengewinnler. Aber das Gegenteil geschieht. Es wird bei den Bedürftigsten gespart.

Zwei Beispiele gefällig? Das Budget des Bundesbildungsministeriums soll um 5,4 Prozent sinken. In der Endkonsequenz stehen für das BAföG 650 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Gleichzeitig ist circa ein Drittel der Studierenden akut armutsgefährdet, mit steigender Tendenz. Aber auch hier sind noch nicht alle Messen gesungen, denn aktuell ist eine Klage beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Das höchste deutsche Gericht prüft gerade, ob die Bedarfssätze verfassungsgemäß sind, da sie nach Ansicht der Kläger nicht das Existenzminimum abdecken.

Ein breites mediales Echo haben auch die Kürzungen im Bereich der Freiwilligendienste erfahren. Für den Jahrgang 2024/25 sind massive Kürzungen der Haushaltsmittel für die Freiwilligendienste angekündigt. Es droht der Verlust von einem Drittel der derzeit zur Verfügung stehenden Gelder. Immerhin, die Regierung konnte sich nicht einfach so *durchmogeln*. Eine Petition gegen die Einsparungen wurde von mehr als 100.000 Menschen unterzeichnet und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) musste in einer Anhörung des Petitionsausschusses Stellung beziehen. *Die Redaktion*

Der Minister hat ein Herz für Panzer, aber nicht für Kinder und Studierende

Die CDU begibt sich aufs Glatteis und schießt ein Eigentor

Ein Menetekel

Die CDU blinkt rechts und alle verlieren

Die vergangenen Jahre waren geprägt durch eine gemeinsame Haushaltspolitik von Grünen, CDU, SPD und LINKEN. In dieser Konstellation war es möglich, das kommunalpolitisch Verbindende im Haushalt der Stadt abzusichern, gleichzeitig blieb in der alltäglichen Ratsarbeit genügend Raum, um politische Unterschiede in den Sachfragen darzustellen.

Unter dem Eindruck einer Haushaltssperre und getrieben von Umfrageverlusten hat die CDU nun aber offenbar die Richtung geändert und versucht ihr Glück in einer Partnerschaft mit Rechts unter wohlwollender Einbeziehung der AfD-Stimmen auch in den Bereichen, in denen bisher Konsens unter den demokratischen Parteien herrschte. Und mit diesem Versuch hat sie in der Ratssitzung am 28. September 2023 krachend verloren: Zulasten der Vereine und Verbände im Sozial-, Jugend- und vor allem im Sportbereich.

Und das kam so: DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtradt beantragte am 24. August die Aufhebung der Haushaltssperre für die Förderung von Jugend, Sport und sozialen Verbänden und nahm damit berechtigte und deutliche öffentliche Proteste gegen eine Sparpolitik zulasten dieser Bereiche auf. Dieser Antrag erhielt im Finanzausschuss am 18. September eine Mehrheit, denn die CDU enthielt sich dort und machte somit den Weg frei. Scheinbar. Die Freien Wähler beantragten bereits dort eine Streichung von Jugendhilfe und Sozialem, dies wurde aber abgelehnt.

Ein Ausschluss von Jugend und Sozialem ist mit der LINKEN nicht machbar

Zwischen Finanzausschuss und Stadtrat allerdings änderte die CDU ihre Meinung und beantragte nun eine Ersetzung des LINKE-Textes durch einen anderen Vorschlag, der jetzt eine Umwidmung von Mitteln zugunsten des Sports enthielt und die Haushaltsfreigabe für Jugend und Soziales ausschloss. Ein Ausschluss von Jugend und Sozialem ist aber mit den Stimmen der LINKEN nicht machbar und auch nicht mit denen von Grünen, SPD und Dissidenten. Wer das möchte, setzt nur auf rechte Stimmen und bezieht die AfD in die Rechnung mit ein.

Als der Oberbürgermeister nun die Frage abstimmen ließ, was die Grundlage für weitere Verhandlungen sein soll, der Bericht des Finanzausschusses oder der Ersetzungsantrag, kam das böse Erwachen: Der Ersetzungsantrag erhielt keine Mehrheit als Abstimmungsgrundlage. Und das, obwohl alle rechten Fraktionen brav zugestimmt hatten: Schuld war ein peinlicher Fehler eines CDU-Kollegen, der seit Sitzungsbeginn nicht bemerkt hatte, dass seine Stimmabgabe von der Abstimmungsmaschine nicht gezählt wurde.

Anstatt nun aber zu akzeptieren, dass Jugend, Sport und Soziales Haushaltsfreigaben bekommen können und die Umwidmung von Mitteln zugunsten des Sports als Änderung zu beantragen, schmollte das gesamte rechte Lager und ließ nun alles scheitern.

Für mich ist dieses CDU-Verhalten ein Menetekel: in einer Haushaltsfrage auf AfD-Stimmen zu setzen, lässt für die Zukunft Schlimmes erwarten. *Tilo Kießling*

PLANUNGEN

Hochhäuser in Elbflorenz?

Immer wieder gerieten die Planungen von Hochhäusern in der Vergangenheit in die Kritik, mit der Folge, dass Projekte geändert oder verworfen werden mussten. Um den Bau von Hochhäusern in Dresden in geordnete Bahnen zu lenken, gab Rot-Rot-Grün 2019 die Erarbeitung von Hochhausleitlinien in Auftrag.

Daraufhin wurde von der Verwaltung unter Federführung des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften ein Hochhausleitbild entwickelt. Aktuell ist eine entsprechende Vorlage im Geschäftsgang des Stadtrates. Zum anderen enthält die Vorlage Hochhausleitlinien, die für die Öffentlichkeit das Ergebnis des Hochhausleitbildes in Kurzform darstellt.

Stadtrat Tilo Wirtz resümiert: »Hochhäuser können auch im Stadtbild Dresdens neue interessante Akzente setzen, wenn sie die Impulse aus dem Bestand aufnehmen und sich harmonisch einfügen.« *Die Redaktion*

Ein Beispiel wie es gehen kann – das SachsenEnergie-Hochhaus

Ob beim musizieren oder skaten – es gilt: Übung macht den Meister

Erfahrbare Demokratie

Seit September können Rollsportbegeisterte eine Skateanlage am Rande des Neubaugebietes Binzer Weg in Klotzsche nutzen

Am 15. August 2018 übernahm ich gemeinsam mit Ulrike Caspary von den Grünen im Petitionsausschuss die Bearbeitung einer Petition von Jugendlichen, die eine Skateranlage in Klotzsche forderten. Wir luden die jungen Menschen ein, ihre Forderung im Petitionsausschuss vorzutragen. Begleitet und ermutigt wurden sie von der Mobilen Jugendhilfe Klotzsche (Mobils). Die vorgetragenen Argumente überzeugten im Petitionsausschuss und es wurde der Auftrag erteilt, dass das Amt für Stadtgrün nach einem geeigneten Standort suchen soll.

Am 30. Januar 2019 wurden die Petenten wieder eingeladen und das Amt für Stadtgrün stellte sechs mögliche Standorte vor. Für eine weitere Bearbeitung und Planung wären aber 250.000 Euro notwendig, welche nicht im Haushalt eingeplant waren. Es hieß also für uns als Stadträte, immer wieder zu erinnern, entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Für die ersten Planungen sprang zunächst der Stadtbezirksbeirat Klotzsche ein und stellte 73.300 Euro zur Verfügung.

Jugendliche wurden in die Planung intensiv mit einbezogen

In den Planungsprozess wurden die Jugendlichen über Mobils immer wieder intensiv mit einbezogen. So konnten sie ihre Ideen für die konkrete Gestaltung der Anlage einbringen.

Am Ende waren Gesamtkosten von einer halben Million Euro notwendig, um die Skateranlage fertigzustellen. Zur Eröffnung nahmen viele Kinder und Jugendliche die Anlage begeistert in Besitz. Fünf Jahre von der Petition bis zur Umsetzung, ziemlich lang für junge Menschen, welche *jetzt* gern skaten wollen.

Trotzdem ist es eine wichtige Erfahrung, die sie machen konnten: »Wenn ich mich gemeinsam mit anderen für etwas einsetze, kann ich etwas erreichen, auch wenn das ein schwieriger Prozess sein kann.« Unsere Aufgabe bestand darin, sie ernst zu nehmen und zu unterstützen und damit auch ein Stückchen Demokratie zu vermitteln. *Anja Apel*

ROBOTRON-KANTINE

Ein Bauwerk wird Denkmal

Mit dem Bebauungsplan in der Lingnerstadt entstanden bereits vor über fünf Jahren erste Überlegungen, die Robotron-Kantine zu erhalten und einer öffentlichen Nutzung für Begegnung, Kunst und Kultur zu widmen.

Zunächst lehnte die Denkmalbehörde eine Unterschutzstellung ab, weil angeblich das öffentliche Interesse am Erhalt der Kantine fehle. Diese Haltung der Behörden spiegelte allerdings schon damals nicht die Realität wider. Denn neben dem Stadtrat hatten sich auch Anhängerinnen und Anhängern der Ostmoderne für die Kantine begeistert und Besichtigungen organisiert. Letzter Impuls für die Anerkennung des Denkmalstatus' und den aktuellen Sinneswandel der Behörde scheint die erfolgreiche Nutzung der Kantine für die Kunstausstellung »Ostrale« gewesen zu sein.

Mit Bauten wie dem Kulturpalast, der Prager Straße oder eben dem Robotron-Areal löste sich die Architektur in Dresden seit den sechziger Jahren vom Heimatschutzstil oder dem stalinschen Neoklassizismus und öffnete sich der internationalen Moderne. Denkmalpflegerisch bedeutsam ist, dass sowohl die äußere als auch die innere Gestaltung aufeinander abgestimmt sind und nicht überformt wurden.

Für Stadtrat Tilo Wirtz ein längst überfälliger Schritt und er weist darauf hin: »dass das Bauwerk auf dem ehemaligen Robotron-Areal gekauft werden soll. Dazu gibt es auch eine entsprechende Vorlage. DIE LINKE steht hinter dem Projekt, auch wenn die rechte Seite das Rates dagegen arbeitet. Der Denkmalschutzstatus ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.« *Die Redaktion*

Für die Moderne geöffnet – ein Haus für die Kunst

Eine Erfolgs-geschichte

LINKE-Stadtrat und DVB-Aufsichtsratmitglied Jens Matthis im Interview zum Ausbau des Mobi-Bike-Angebotes

Der Mobi-Punkt auf dem Pirnaischen Platz

Es werden nicht wenige Mittel in den Auf- und Ausbau des Mobi-Bike Angebotes gesteckt, ist das Sinnvoll in Zeiten, in denen die DVB in finanziellen Schwierigkeiten sind?

Auf jeden Fall! Denn schaut man sich die Zahlen genauer an, dann stehen Kosten und Nutzen in einem vergleichsweise günstigen Verhältnis. Pro Jahr investieren die DVB rund 750.000 Euro in die Räder und den Service ihres Kooperationspartners Nextbike aus Leipzig, der auch die Fahrräder entwickelt hat. In diesem Jahr kamen 550 neue Fahrräder hinzu und weitere Stadtviertel wurden erschlossen, sodass den Dresdnerinnen und Dresdnern nunmehr circa 1500 Fahrräder zur Verfügung stehen. Schaut man sich die Nutzungszahlen an, kann tatsächlich von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden. Seit Einführung der Mobi-Bikes wurden die Räder 3,8 Millionen mal ausgeliehen. Es gibt 20.000 regelmäßige Nutzerinnen und Nutzer.

Die Schwierigkeiten der DVB haben strukturell weder etwas mit den Mobi-Bikes oder den Bergbahnen, noch mit den neuen Stadtbahnwagen zu tun. Vielmehr leiden gegenwärtig alle Nahverkehrsunternehmen bundesweit unter der chaotischen Bundespolitik, die einerseits mehr öffentlichen Nahverkehr fordert, aber das notwendige Geld nicht zur Verfügung stellt. Im Branchenvergleich steht die DVB sogar noch ganz gut da.

Hältst du das Angebot für niedrigschwellig genug, dass es von allen Altersklassen genutzt werden kann?

Das ist tatsächlich nicht ganz unproblematisch. Trotz aller Bemühungen, das Angebot möglichst niedrigschwellig zu gestalten, bedarf es schon eines Smartphones oder einer DVB-Monatskarte. Allerdings profitieren auch Menschen davon, die gar nicht selbst auf das Mobi-Bike steigen. Die Leute, die auf den gelben Fahrrädern sitzen, entlasten gerade in den Spitzenzeiten Bus und Bahn erheblich.

Daran anschließend drängt sich natürlich die Frage nach den Kosten auf.

Für DVB-Abo-Kunden, Studierende sowie Deutschlandticket-Nutzerinnen und Nutzer (mit dem Zusatzpaket Plus Mobi) sind 30 Minuten kostenfrei, danach kostet das Radeln 1 Euro pro weitere 30 Minuten. Wer kein Kunde ist, zahlt 2 Euro für die ersten 30 Minuten, danach 1 Euro pro 15 Minuten. Die Räder können an Mobi-Punkten und an vielen weiteren Orten abgestellt werden. Das Angebot fügt sich in das Tarifsystem der DVB ein.

Das Angebot soll deutlich ausgebaut werden, was sagst du dazu?

Gut finde ich, dass es nunmehr auch die Möglichkeit gibt, Lastenräder auszuleihen. Zehn Stück stehen zurzeit an verschiedenen Mobi-Punkten wie Bönischplatz, Fetscherplatz, Postplatz oder Betriebshof Trachenberge zur Verfügung. Und für 2024 sind weitere neue Räder und Gebiete insbesondere im Westen und Norden geplant. Insgesamt eine gute Bilanz und ein hoffnungsfroher Ausblick.

Das Interview führte Dirk Wagner

»Die Leute, die auf den gelben Fahrrädern sitzen, entlasten Bus und Bahn erheblich«

Jens Matthis

ÖFFENTLICHE WC-ANLAGEN

Konzept fürs Geschäft

Neue Toiletten braucht die Stadt

Nach einer Entscheidung des Bundeskartellamtes ist eine Kopplung öffentlicher Toiletten mit dem Betrieb städtischer Werbeanlagen nicht mehr möglich. Daher müssen die bisherigen Vertragspartner ihre Anlagen in Dresden zurückbauen.

Als Ersatz sollen ab Anfang 2024 dreizehn neue öffentliche WC-Anlagen errichtet werden. Die Stadtverwaltung hat dem Stadtrat dafür ein Standortkonzept vorgelegt. Das Toilettenkonzept definiert zudem neue Ausstattungsstandards. So werden künftig alle Toiletten im öffentlichen Raum unisex und barrierefrei errichtet.

Das Toilettenkonzept listet neben den 13 neu geplanten Anlagen auch alle vorhandenen öffentlich nutzbaren WC-Anlagen auf. Anschließend an die Veröffentlichung hagelte es Kritik. Und tatsächlich wird es künftig mit insgesamt 81 öffentlichen Anlagen etwas weniger als heute geben. Außerdem wird es ausgerechnet in der Innenstadt in Zukunft weniger Stille Örtchen geben. *Die Redaktion*

Nachbarschaftliches Miteinander und diverse Lebensentwürfe standen im Mittelpunkt

FEST AUF DER LILI-ELBE-STRASSE

Feier der Vielfalt

Am ersten Septemberwochenende wurde die Straße selbst zum Vergnügungsort. Egal ob bei Musik und Tanz, ob an der langen Speisetafel oder in zahlreichen Workshops – nachbarschaftliches Miteinander und diverse Lebensentwürfe standen im Mittelpunkt des Straßenfestes. Die Lili-Elbe-Straße ist wegen der attraktiven Bauweise für den »Deutschen Ingenieurpreis Straße und Verkehr 2023« nominiert.

Es ist ein bewusst politisches Statement, eine Straße nach Lili Elbe zu benennen. Als erste bekannte Transperson hat sie mutig für ihre Individualität gekämpft. Die dänische Künstlerin, als Einar Wegener in Kopenhagen geboren, unterzog sich in der damaligen Dresdner Frauenklinik 1930 der weltweit erstmaligen Umwandlungsoperation. Daher der von ihr gewählte Nachname.

Der LINKE-Stadtrat Leo Lentz war beeindruckt von der Vielfalt und Offenheit der Veranstaltung. Er meint: »Zahlreiche Vereine, Initiativen und Akteure haben zum Erfolg des Sommerfestes beigetragen. Es war ein Fest von der Stadtgesellschaft für die Stadtgesellschaft. Gut so!« *Die Redaktion*

ANTRAG ZUM ERHALT DES LUFTBADES

Ein Rettungsring für Dölzschen

Das FKK-Luftbad Dölzschen leistet einen wichtigen Beitrag zur Naherholung. Es wurde bereits 1870 eröffnet. Neben einer großzügigen Liegewiese verfügt das Bad über ein 600 Quadratmeter großes Wasserbecken.

Doch nach der Freibadsaison 2023 läuft die Betriebserlaubnis aus, weil das Bad über keine zeitgemäße Wasseraufbereitungstechnik verfügt. In ihrer Antwort auf eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden André Schollbach teilte die Stadtverwaltung mit: »Falls keine Fördermittel für die Sanierung des Luftbades Dölzschen ausgereicht werden, ist die Finanzierung nicht gesichert. In diesem Fall ist von einer dauerhaften Schließung des Objektes auszugehen. Alternativ könnte die Landeshauptstadt Dresden die Sanierung selbst finanzieren.«

Nach der Freibadsaison 2023 läuft die Betriebserlaubnis aus

Die Fraktion DIE LINKE hat dazu einen Antrag »Luftbad Dölzschen erhalten. Finanzierung sichern.« eingereicht. Sie schlägt vor, dass sich der Stadtrat zum Erhalt des FKK-Luftbades Dölzschen bekennt und eine dauerhafte Schließung, auch im Falle des Ausfalls geplanter Fördermittel, abwendet. *Die Redaktion*

FAHRRADBÜGEL IN DER NEUSTADT

Ein Modell für ganz Dresden?

Ein eigener Stellplatz? Und das auch noch kostenfrei? Für die Radlerinnen und Radler in der Neustadt gibt es da eine Lösung und die heißt: Fahrradbügel. Bereits seit 2016 besteht in Dresden die Möglichkeit, auf Initiative von Vermietern, Gewerbetreibenden und anderen eine fest eingebaute Fahrradabstellanlage im öffentlichen Verkehrsraum zu beantragen. Ist der Standort zulässig, schließt das Straßen- und Tiefbauamt vor der Umsetzung mit dem Antragstellenden eine Vereinbarung zur Errichtung der Fahrradabstellanlage. Das Amt übernimmt die Planung, Errichtung und die laufende Instandhaltung. Die Kosten für den Antragsteller betragen derzeit 160 Euro pro Fahrradbügel.

Im kommenden Jahr sollen in der Neustadt etwa 50 weitere Fahrradbügel dazukommen. Bei diesen soll die Verwaltungsgebühr aus Mitteln des Stadtbezirksbudgets finanziert werden. Sie sind für die Antragsteller also komplett kostenlos. Das hat der Stadtbezirksbeirat kürzlich unter anderem mit den Stimmen der LINKEN entschieden.

Die Redaktion

Ein unorthodoxes Sitzmöbel

SCHWAMMSTADT

Lösung oder Problem?

Das Klima verändert sich. Durch Versiegelung von Flächen, lange Trockenperioden sowie Starkregenereignisse wird der natürliche Wasserkreislauf gestört. Was kann dagegen getan werden?

Klimafolgenanpassung bedarf vieler verschiedener Maßnahmen. Eine davon ist das Konzept der Schwammstadt. Im Internet finden sich auch für Dresden viele Hinweise auf bereits laufende Prozesse, Probleme und Lösungsansätze. Mit dem Schwammstadt-Prinzip soll anfallendes Regenwasser nicht einfach über die Kanalisation – die es oft gar nicht aufnehmen kann – abgeleitet, sondern lokal aufgenommen und gespeichert werden.

Mit Hilfe eines gezielten Regenwassermanagements sollen Flächen geschaffen werden, die große Mengen an Wasser – zum Beispiel bei Starkregen – aufnehmen und bei Trockenheit und Hitze durch Verdunstung wieder abgeben können. Das aufgefangene Regenwasser lässt sich weiternutzen. Stadtbäume und andere Grünflächen können besser mit Feuchtigkeit versorgt werden und geben das überschüssige Wasser als Wasserdampf ab. Verdunstungskühle entsteht. Das Stadtklima für Mensch und Tier wird angenehmer. Durch die Begrünung von Dächern und Fassaden kann ein großer Beitrag zur städtischen Biodiversität geleistet werden.

Fassadengrün – auch ein Beitrag zur Klimafolgenanpassung

In Dresden gab es zum Thema Schwammstadt bereits im Mai 2021 einen ersten Runden Tisch. Aktuell geht es unter anderem darum, Grundstücksbesitzer dazu zu bewegen, durch Regenwassersammler, Versickerungsmulden oder die Pflanzung von Bäumen, einen Beitrag zur Schwammstadt zu leisten. Bei Planungsprozessen (zum Beispiel bei Bebauungsplänen) ist darauf zu achten, dass eine bessere Nutzung des Regenwassers gleich mitgedacht wird.

Dr. Margot Gaitzsch

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Dr. Dirk Wagner, Susann Dietzschold, Thomas Feske

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Tilo Kießling, André Schollbach, Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise
Thomas Wolf / wikimedia commens (2); Tilo Wirtz (2); Tilo Wirtz (2); DIE LINKE (3); StartupStockPhotos / pixabay (4); 12019 / pixabay (5); Claus Kuhn / pixabay (5); Jörg Blobelt / Wikimedia Commons (6); Bybbisch94 / wikimedia commons (6); gfkDSGN / pixabay (6); Marcel Ritschel / Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (7); gagnonm1993 / pixabay (7); jarmoluk / pixabay (7); John-Mark Smith / Pexels (8); Cobe68 / pixabay (8); naramfigueiredo / pixabay (8); Antranias / pixabay (8); naramfigueiredo / pixabay (8); Antranias

Redaktionsschluss
28. September 2023

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat